

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Überprüfung der 8. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments

Autoren: Eric Maurice, Chloé Hellot, Delphine Bougassas-Gaullier, Magali Menneteau



Das im Jahr 2014 gewählte Europäische Parlament hielt seine letzte Plenarsitzung in Straßburg ab, wenige Wochen vor den Europawahlen vom 23. bis 26. Mai. Die endende Legislaturperiode ist durch eine zunehmende politische Fragmentierung und das Ende der Vereinbarung zwischen den beiden großen Parteien gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben versucht, ihre politische und institutionelle Rolle zu stärken, während sie zu vielen aktuellen Themen Gesetze erlassen haben.

Fortsetzung

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel **Wahlen** : Litauen **Stiftung** : Wahlen/EU
Kommission : Handel/USA - Soziales - Lateinamerika/Karibik - Glyphosat
Parlament : Fischerei - Frontex - Kampf/Terrorismus - Verteidigung - Sicherheit - Finanzen/Kontrolle - Soziales - Whistleblower - Verbraucher - InvestEU - Sitzberechnung **Europäische Agenturen** : Europol - Asyl **Estland** : Regierung **Lettland** : Zukunft/EU **Tschechische Republik** : Kampf/Korruption **Rumänien** : Gerechtigkeit/Abberufung **Ukraine** : Wahlen **Nordmazedonien** : Wahlen **Europäischer Menschengenrichtshof** : Türkei **Eurostat** : Handel - Inflation - Defizit/Schuldenstand **Berichte / Studien** : Integration/EU - Rechtssetzung/EU **Kultur** : Kunst/Brüssel - Festival/Krakau - Ausstellung/Edinburgh - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Amsterdam - Photo/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Europa: Was die Kandidaten Ihnen nicht sagen werden



In einer Zeit, in der die europäische Kampagne in den Mitgliedstaaten für die Wahlen vom 23. bis 26. Mai gestartet wird, erinnert Jean-Dominique Giuliani an die Vorteile der Europäischen Union, die viel zahlreicher sind, als wir denken... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Präsidentenwahlen in Litauen



Die Litauer werden am 12. Mai zum ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen aufgerufen. Die Wahl wird den Nachfolger von Präsidentin Dalia Grybauskaitė bestimmen. Sie ist seit 2009 im Amt und beendet ihre zweite Amtszeit als Präsidentin Litauens. Aus diesem Grund kann sie sich nicht mehr zur Wiederwahl stellen, da die Verfassung eine

Amtszeit von mehr als zwei aufeinander folgenden Amtszeiten verbietet. Neun Kandidaten bewerben sich um die Position. Wenn keiner von ihnen mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält, findet am 26. Mai, dem Tag, an dem auch die Europawahlen stattfinden, eine zweite Runde statt... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Eine Website, um alles über die Europawahlen zu erfahren.



In einem Monat, vom 23. bis 26. Mai, sind die Europäer eingeladen, ihre Abgeordneten für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Die Robert-Schuman-Stiftung verfügt über eine eigene Website, um die Wahlen und die anstehenden Probleme besser zu verstehen und die Kampagne in den Mitgliedstaaten mit den vorliegenden Listen zu verfolgen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Bis zu 12 Milliarden Dollar an Steuern als Reaktion auf die USA



Am 17. April stellte die Europäische Union eine Liste von in den Vereinigten Staaten hergestellten Waren vor, die mit bis zu 12 Milliarden Dollar besteuert werden könnten, von Ketchup bis zu Autoteilen, als "Gegenmaßnahme" zu US-Subventionen für Boeing. Die Europäische Union zielt daher auf Zölle ab, die "dem geschätzten Schaden für Airbus durch die US-Hilfe für Boeing entsprechen", erklärt die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung... [Fortsetzung](#)

Debatte über die Sozialpolitik der Union



Am 16. April kündigte die Kommission an, eine Debatte über die Sozialpolitik der Union und die Möglichkeiten, die Entscheidungsfindung in diesem Bereich effizienter zu gestalten, einzuleiten. Eine der geplanten Änderungen ist die verstärkte Anwendung der qualifizierten Mehrheit bei der Sozialpolitik, um eine schnellere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Dies könnte sich zunächst auf den Kampf gegen Diskriminierung beziehen und sich später auf die Bereiche soziale Sicherheit und Arbeitnehmerschutz erstrecken. Damit diese Änderungen in Kraft treten können, müsste der Europäische Rat sie einstimmig annehmen, und dann müssten die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament ihre Zustimmung geben... [Fortsetzung](#)

Lateinamerika und die Karibik: Zusammen für eine gemeinsame Zukunft kämpfen



Am 16. April veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik. Im erweiterten atlantischen Raum möchte die Union ihre Zusammenarbeit ausweiten und ihre Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik stärken, indem sie sich auf vier Prioritäten - Wohlstand, Demokratie, Widerstandsfähigkeit und effektive globale Governance - für eine gemeinsame Zukunft konzentriert... [Fortsetzung](#)

Bewertungsmission zu Glyphosat



Vier Länder - Frankreich, Ungarn, die Niederlande und Schweden - wurden am 15. April von allen Mitgliedstaaten als Verantwortliche für die Bewertung von Glyphosat benannt. Die Zulassung für dieses umstrittene Herbizid wurde von der EU im Dezember 2017 um einen Zeitraum von fünf Jahren verlängert. Die Genehmigung gilt daher bis Dezember 2022, und Unternehmen, die das Mittel über diesen Zeitpunkt hinaus einsetzen wollen, müssen drei Jahre vor Ablauf der Frist, d.h. bis zum Jahresende, einen Verlängerungsantrag stellen. Die neue Bewertungsgruppe für Glyphosat wird diese Antragsunterlagen überprüfen und einen Berichtsentwurf für die Einreichung bei der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (Efsa) erstellen müssen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Verbot des Elektrofischens



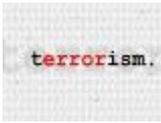
Am 16. April bestätigten die Abgeordneten mit 571 gegen 60 Stimmen bei 20 Enthaltungen das Verbot der Elektrofischerei in der EU ab dem 1. Juli 2021, so dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Anwendung in ihren Hoheitsgewässern vorwegzunehmen... [Fortsetzung](#)

Neue Rechtsvorschriften zur Stärkung des Europäischen Grenz- und Küstenschutzkorps.



Am 17. April verabschiedeten die Abgeordneten eine Verordnung zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenschutzagentur (Frontex). Es wird eine neue ständige Stelle geschaffen, die die Mitgliedstaaten bei den Grenzkontrollen unterstützt, die 2021 zunächst 5.000 Personen umfassen wird. Es wird erwartet, dass das Corps bis 2027 mit 10.000 Mitarbeitern voll einsatzfähig sein wird. Frontex wird auch die Rückkehrverfahren in den Mitgliedstaaten unterstützen und die Zusammenarbeit mit Drittländern verstärken... [Fortsetzung](#)

Neue Regeln zur Stärkung des Kampfes gegen den Terrorismus



Am 17. April stimmten die Abgeordneten für eine Verordnung über die Löschung von Online-Terrorinhalten in weniger als einer Stunde. Um die Radikalisierung zu bekämpfen, müssen digitale Unternehmen diese Inhalte spätestens eine Stunde nach Erhalt einer Verfügung der Behörden entfernen. Wer sich systematisch nicht an das Gesetz hält, kann mit Strafen von bis zu 4% seines weltweiten Umsatzes rechnen. Am 16. April verabschiedeten die Abgeordneten eine Verordnung zur Aktualisierung der Vorschriften über die Verwendung und den Verkauf von Chemikalien, die zur Herstellung improvisierter Sprengkörper verwendet werden können... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Teilvereinbarung über den Europäischen Verteidigungsfonds



Am 18. April billigten die Abgeordneten ein Teilabkommen über die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds zur Förderung der technologischen Innovation und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Die Abgeordneten sprachen sich für ein Budget von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021-2027 aus, das noch nicht im Rahmen der Diskussionen über den Mehrjahreshaushalt der EU verhandelt wurde... [Fortsetzung](#)

Bessere Prävention und Aufdeckung terroristischer, strafrechtlicher und schwerer Straftaten



Am 16. April verabschiedeten die Abgeordneten Regeln zur Stärkung der Interoperabilität der Informationssysteme der Union in den Bereichen polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Einwanderung, Grenzen und Visa, um zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer und anderer schwerer Straftaten und damit zu einem besseren Schutz der Bürger, durch Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den nationalen Sicherheitsbehörden, beizutragen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Stärkung der Finanzaufsichtsbehörden der Union



Am 16. April verabschiedeten die Abgeordneten eine Verordnung zur Stärkung der Finanzaufsicht der Union. Ziel ist es, sowohl den Verbraucherschutz zu verbessern als auch die Geldwäsche zu bekämpfen. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) wird nun über direkte Aufsichtsbefugnisse in bestimmten Finanzsektoren verfügen, und die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) kann Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erlassen... [Fortsetzung](#)

Stärkung der Arbeitnehmerrechte



Am 16. April genehmigten die Abgeordneten Mindestrechte für Arbeitnehmer, die auf Abruf arbeiten. Das bedeutet, dass Menschen in Zeitarbeitsverhältnissen, Arbeitnehmer auf Abruf, Leiharbeiter, Arbeitnehmer, die Arbeit auf der Grundlage von "Schecks" verrichten, Plattformarbeiter sowie bezahlte Auszubildende in den Genuss einer Reihe von Mindestrechten und transparenteren und vorhersehbareren Arbeitsbedingungen kommen sollen, sofern sie mehr als durchschnittlich 3 Arbeitsstunden pro Woche und 12 Stunden pro Monat arbeiten... [Fortsetzung](#)

Whistleblower-Schutz

Am 16. April verabschiedeten die Abgeordneten eine Richtlinie zur Festlegung neuer europäischer Normen zum Schutz von Informanten, die



Verstöße gegen EU-Recht melden. Die Whistleblower können zwischen einem internen Weg, an die betreffende Rechtsperson, oder einem externen Weg, direkt an die zuständigen nationalen Behörden oder die betroffenen EU-Stellen, wählen. Wenn keine angemessene Antwort erfolgt, kann der Hinweisgeber die betreffenden Informationen öffentlich bekannt geben und bleibt geschützt. Die Richtlinie verbietet ausdrücklich alle Formen von Vergeltungsmaßnahmen... [Fortsetzung](#)

Besserer Verbraucherschutz



Am 17. April verabschiedeten die Abgeordneten neue Gesetze zur Aktualisierung der Verbraucherrechte im Internetzeitalter, die dem Verbraucher mehr Informationen über die Funktionsweise von Online-Rankings garantieren, einschließlich der Frage, ob diese aus bezahlter Werbung resultieren. Die überarbeiteten Regeln zielen auch darauf ab, die Nutzung von Online-Bewertungen und kundenspezifischen Preisen für die Verbraucher transparenter zu gestalten... [Fortsetzung](#)

Abstimmung über das Investitionsprogramm InvestEU



Am 18. April verabschiedeten die Abgeordneten eine Verordnung über InvestEU, ein Investitionsförderprogramm, das den derzeitigen Europäischen Strategischen Investitionsfonds ersetzen wird. Die Europaabgeordneten haben mehrere Änderungen am Vorschlag der Kommission vorgenommen, indem sie die EU-Garantie von 38 Milliarden Euro auf 40,8 Milliarden Euro erhöht haben, um Investitionen in Höhe von 698 Milliarden Euro anstelle von 650 Milliarden Euro auszulösen. 55 % der Investitionen im Rahmen des Programms sollten auch für nachhaltige Infrastrukturen verwendet werden, so die Abgeordneten... [Fortsetzung](#)

Letzte Sitzberechnung für das EU Parlament



Am 18. April veröffentlichte das Parlament die dritte und letzte Sitzberechnung, die auf einer Stichprobe von nationalen Erhebungen in den 28 Mitgliedstaaten basiert. Die Daten wurden aktualisiert und mit den Daten aus dem Vereinigten Königreich neu angepasst, um der möglichen Teilnahme des Landes an den Wahlen Rechnung zu tragen. Die Vorhersage ergibt 180 von 751 Sitzen für die EVP-Fraktion (rechts), 149 S&D (links), 76 ALDE (Liberale), 66 EKR (Konservative), 62 ENL (ganz rechts), 46 GUE/NGL (radikale links), 57 Grüne/ALE und 45 EFDD (Euroskeptiker). 62 werden als "andere" neue politische Parteien oder Bewegungen eingestuft, die ihre Absichten noch nicht erklärt haben... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Die organisierte Kriminalität ist die größte Bedrohung für die europäische Sicherheit.



Die zunehmende Gewalt durch die organisierte Kriminalität stellt die größte Bedrohung für die Sicherheit Europas dar, weit stärker als Terrorismus und Migration, kündigte Europol, die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Kriminalpolizei, am 16. April an. Mafiagruppen aus Italien, Albanien und Osteuropa sowie Motorradbanden sind die Hauptakteure dieser Gewalt, kündigten die Verantwortlichen auf einer Konferenz in Den Haag an... [Fortsetzung](#)

Die Krise in Venezuela führt zu einer Zunahme der Asylanträge in der Europäischen Union.



Die politische Krise in Venezuela führte im Februar zu einem Anstieg der venezolanischen Asylanträge in Europa um 50%, wobei die Venezolaner erstmals die Anzahl der Anträge von Afghanen überstiegen, wie das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (Easo) am 15. April bekannt gab. Hinter den Syrern waren die Venezolaner die zahlreichsten (fast 4.000), die in den Ländern der Europäischen Union, der Schweiz und Norwegen um internationalen Schutz ersuchten, sagte die in Valetta ansässige Agentur in einer Erklärung, die auch eine Zunahme der Anfragen von Kolumbianern und Nicaraguanern feststellte... [Fortsetzung](#)

Estland :

Jüri Ratas, zuständig für die Regierungsbildung



Der scheidende estnische Premierminister Jüri Ratas von der Zentrumsparterie (KESK) gewann am 17. April mit 55 von 101 Stimmen das Vertrauen des Riikigoku (Parlament). Er hat eine Koalition gebildet. Diese umfasst seine Partei (25 Sitze), die konservative Volkspartei, EKRE (eine extrem rechte Partei) (19 Sitze) und die konservative Isamaa-Partei (12 Sitze). Er wurde am 16. von Präsident Kersti Kaljulaid mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem Kaja Kallas von der Reformpartei (ER) keine Mehrheit im Parlament gewonnen hatte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Lettland :

Debatte über die Zukunft der Union mit dem lettischen Premierminister



Die Europäische Union muss ihre Grundlagen stärken, sagte der lettische Premierminister Arturs Krišjānis Kariņš am 17. April während der 20. und letzten Debatte über die Zukunft Europas im Europäischen Parlament. Er schlug vier Bereiche vor, in denen die Union tätig werden sollte: die Vollendung des Binnenmarkts, die Kontrolle der Außengrenzen, den intelligenten Übergang zu sauberer Energie und die Stärkung der Sicherheit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

Polizei empfiehlt Anklage gegen tschechischen Ministerpräsidenten



Am 17. April empfahl die tschechische Polizei die Anklage gegen Premierminister Andrej Babis wegen seiner Beteiligung an einem europäischen Zuschussbetrug von 2 Mio. €. Der Staatsanwalt würde "mehrere Wochen, ja sogar mehrere Monate" benötigen, um über die Anklage zu entscheiden. Andrej Babis wurde 2017 wegen angeblicher Veruntreuung von europäischen Geldern aus den Jahren 2007-2008 angeklagt, die mit einem von einer seiner Firmen entwickelten Hotelkomplex verbunden sind. Ihm drohen zwischen 5 und 10 Jahren Gefängnis... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Abberufung des Justizministers



Justizminister Tudorel Toader wurde am 17. April aus der Regierung entlassen. Ihm wird vorgeworfen, um eine Änderung des Strafgesetzbuches ersucht zu haben, die nach Angaben der Opposition, dem Chef der regierenden Sozialdemokratischen Partei, Liviu Dragnea, zugute käme, der wegen Machtmissbrauchs zu dreieinhalb Jahren Haft und wegen Wahlbetrug zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt wurde. Die Änderungen verkürzen die Verjährungsfristen und heben eine Bestimmung über den Missbrauch von Befugnissen auf. Die Europäische Kommission war der Ansicht, dass die Reform "systemische Straffreiheit für Spitzenpolitiker, die wegen Korruption verurteilt wurden", schaffen würde. Am 15. April diskutierten die Abgeordneten über die Situation der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Wolodymyr Zelensky zum Präsidenten gewählt



Der Schauspieler Wolodymyr Zelensky, 41 Jahre alt, wurde am 21. April mit 73,1% der Stimmen, im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Somit gewann er gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko... [Fortsetzung](#)

Nordmazedonien :

Erste Runde der Präsidentschaftswahlen



Am 21. April wurden die mazedonischen Wähler für den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu den Urnen gerufen. Der sozialdemokratische Kandidat, Stevo Pendarovski, der von der Regierungspartei unterstützt wird, erhielt 42,84% der Stimmen, dicht gefolgt von der Oppositionskandidatin Gordana Siljanovska Davkova mit 42,24%. Diese Wahl war durch die niedrigste Wahlbeteiligung (41,79%) seit der Unabhängigkeit 1991 gekennzeichnet. Die zweite Runde findet am 5. Mai statt... [Fortsetzung](#)

Europäischer Menschengerichtshof :

Verurteilung der Türkei wegen der Inhaftierung eines Richters



Am 16. April verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei wegen der Inhaftierung eines hochrangigen Richters, der nach dem gescheiterten Staatsstreich im Jahr 2016, illegalerweise, verhaftet wurde. Diese Festnahme stützte sich auf den Verdacht der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und stellte für den Gerichtshof einen Verstoß gegen die Bestimmungen für das Recht auf Freiheit und Sicherheit aus der Europäischen Menschenrechtskonvention dar. Die Türkei soll nun dem Richter 10.000 € für den entstandenen Schaden zahlen... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Europäische Exportzahlen



Nach den von Eurostat am 17. April veröffentlichten Zahlen stiegen die Ausfuhren von Waren der Eurozone in die übrige Welt im Februar 2019 gegenüber Februar 2018 um 4,4% (183,4 Mrd. € gegenüber 175,6 Mrd. €). Die Importe aus der übrigen Welt stiegen gegenüber Februar 2018 um 4% (165,5 Mrd. € gegenüber 159 Mrd. €). Infolgedessen verzeichnete die Eurozone im Februar 2019 einen Überschuss von 17,9 Mrd. € im internationalen Warenverkehr mit der übrigen Welt, verglichen mit 16,5 Mrd. € im Januar 2018. Schließlich stieg der innereuropäische Handel um 3,4%. Die Europäische Union weist ein Defizit von 2,7 Milliarden Euro auf... [Fortsetzung](#)

Inflation im Euroraum gesunken, in der EU stabil



Nach den von Eurostat am 17. April veröffentlichten Zahlen lag die jährliche Inflationsrate in der Eurozone im März 2019 bei 1,4%, gegenüber 1,5% im Februar 2019. Die jährliche Inflationsrate in der Europäischen Union lag bei 1,6%. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Portugal (0,8%) und Griechenland (1,0%), die höchsten Quoten Rumänien (4,2%), Ungarn (3,8%) und die Niederlande (2,9%)... [Fortsetzung](#)

Verschuldung und Defizit gesunken



Sowohl das Defizit als auch der öffentliche Schuldenstand sind 2018 im Vergleich zu 2017 sowohl in der Europäischen Union als auch im Euroraum relativ zurückgegangen. Die öffentliche Defizitquote im Verhältnis zum BIP sank in der EU von 1% im Jahr 2017 auf 0,6% im Jahr 2018 und im Eurogebiet von 1% auf 0,5%. Die Quote des öffentlichen Schuldenstands im Verhältnis zum BIP sank in der EU von 81,7 % im Jahr 2017 auf 80 % im Jahr 2018 und im Euroraum von 87,1 % auf 85,1 %... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Studie über die Kosten von Nicht-Europa



Der Forschungsdienst des Europäischen Parlaments hat am 18. April einen Bericht mit dem Titel "Bewertung der Kosten von Nicht-Europa" für den Zeitraum 2019-2024 veröffentlicht. Ziel ist es, die finanziellen Gewinne - real und potenziell - aus der europäischen Integration zu messen. In dem Bericht wird festgestellt und analysiert, dass es in Sektoren und Bereichen, in denen weitere Fortschritte erforderlich sind, wie dem Binnenmarkt, der Umwelt, dem Verkehr oder der Außenpolitik der Union, keine Fortschritte gibt. In dem Bericht heißt es, dass die europäische Wirtschaft von einem Gewinn von 2,213 Milliarden Euro profitieren könnte, wenn die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten die verschiedenen vom Parlament vorgelegten Maßnahmenpakete einführen... [Fortsetzung](#)

Bericht über eine bessere Rechtsetzung



Am 15. April veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die seit 2014 unternommenen Anstrengungen, um die europäische Politik offener und transparenter zu gestalten. In dem Bericht wird festgestellt, dass diese Bemühungen erfolgreich waren, und es wird daran erinnert, dass die OECD die Regulierungspolitik der Europäischen Union im Jahr 2018 zu den besten gezählt hat. Sie konzentriert sich insbesondere auf die Durchführung öffentlicher Konsultationen, den Einsatz von Folgenabschätzungen und Initiativen zur Verwaltungsvereinfachung. Im Jahr 2015 verabschiedete die

Kommission ihre Agenda für eine bessere Rechtsetzung, deren Hauptziel darin bestand, dass die Kommission nur dort eingreift, wo die EU einen Mehrwert bringt...
[Fortsetzung](#)

Kultur :

37. Ausgabe der Art Brussels

ART BRUSSELS Die 37. Ausgabe der Art Brüssel findet vom 25. bis 28. April statt und bringt mehr als 145 Galerien zusammen und wird rund 25.000 Besucher anziehen. Die Ausgabe 2019 wird viele Galerien in drei Sektionen zusammenführen: Discovery (vielversprechende, innovative und nicht etablierte Künstler), Prime (international etablierte Künstler) und Rediscovery (Galerien, die nicht anerkannte oder vergessene Künstler des 20. Jahrhunderts vertreten)...
[Fortsetzung](#)

Festival Off Camera in Krakau



Vom 26. April bis 5. Mai findet in Krakau das unabhängige Filmfestival Off Camera statt, das polnischen und internationalen Autorenfilmen gewidmet ist. Mehr als hundert Filme werden während des Festivals gezeigt... [Fortsetzung](#)

Andy Warhol und Eduardo Paolozzi in Edinburgh



Bis zum 2. Juni präsentiert die Scottish National Gallery of Modern Art in Edinburgh die Pop-Art-Werke von Andy Warhol und Eduardo Paolozzi. Fotografien, Anzeigen, Collagen und Siebdrucke zeigen den Prozess der Industrialisierung und Serialisierung der Kunst... [Fortsetzung](#)

Die satirische Kunst von Maurizio Cattelan



Vom 25. April bis 6. Oktober zeigt das Kunsthistorische Museum Wien in seinem Anbau, dem Tempel des Theseus, den italienischen Künstler Maurizio Cattelan, einen Meister der Satire, des Humors und der Kontroverse... [Fortsetzung](#)

Das Van Gogh Museum erhält 2 gestohlene Gemälde zurück.



Bis zum 15. September zeigt das Van Gogh Museum in Amsterdam zwei Werke von Vincent Van Gogh: "Der Blick aufs Meer in Schevingen" und "Die Gemeinde verlässt die Reformierte Kirche in Neunen". Beide Gemälde werden sechzehn Jahre nachdem sie aus einem Museum in Amsterdam gestohlen wurden, an das Van Gogh Museum zurückgegeben... [Fortsetzung](#)

Circulations, Festival der jungen europäischen Fotografie



Bis zum 30. Juni veranstaltet das Centquatre in Paris Circulation(s), das Festival für junge europäische Fotografie. Eine echte Entdeckung, das Festival ist eine Gelegenheit, 37 junge europäische Fototalente zu treffen, die von einer Fachjury ausgewählt wurden... [Fortsetzung](#)

Agenda :



25. April
Brüssel
EU-Japan Gipfel



28. April
Spanien
Parlamentwahlen (Parlament und Senat)

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Cléa Agosta, Delphine Bougassas-Gaullier, Clément Liénard, Magali Menneteau, Marion Paronian
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)